

Beate Neuss

Wozu brauchen wir die Amerikaner (noch)?

Anmerkungen zum Transatlantischen Verhältnis

Der Herbst des transatlantischen Missvergnügens, die Diskussion über einen möglichen Irak-Krieg, amerikakritische und explizit antiamerikanische Äußerungen machen deutlich, dass sich eine Kluft zwischen Deutschen und Amerikanern aufgetan hat. Wir verstehen uns nicht mehr, Gesprächsfäden sind abgebrochen. Die Symptome sind eindeutig: Wir betreiben eine Exegese des bilateralen Verhältnisses, die an Kreml-Astrologie erinnert. Der Händedruck des Kanzlers mit Präsident Bush wird nach Sekunden gemessen – daraus wird auf die Temperatur der Beziehungen geschlossen und schließlich die Diagnose gestellt: sind die Beziehungen noch vergiftet (poisoned) oder bereits wieder entgiftet (depoisoned)?

Meinungsverschiedenheiten und Reibungen zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten gab es immer wieder – aber nie den Abbruch des Gesprächs auf höchster Ebene. Auch gehen die Verwerfungen tiefer als je zuvor; sie betreffen die Regierungsebene, die veröffentlichte Meinung, weit weniger die in Umfragen gemessene Auffassung der Bevölkerung. Hier und dort entstand in der allgemeinen öffentlichen Debatte gar der Eindruck, dass nicht Staaten wie der Irak eine Gefahr darstellen, sondern die USA, ja, dass die Welt ein besserer Platz wäre, gäbe es die Weltmacht Amerika nicht.

Was ist der Grund für die Differenzen?

Die Vereinigten Staaten waren und sind in Deutschland präsent. Ihre Soldaten sind in Deutschland stationiert. Aber sind sie nicht inzwischen zu völlig überflüssigen Gästen hier geworden, die, lästig genug, erwarten, ihre Basen in Deutschland für ihre Weltmachtpolitik – d.h. auch für ihre militärischen Einsätze nutzen zu können?

Wozu brauchen wir die Amerikaner noch? Diese Formulierung, die ich bewusst als Überschrift zu meinem Vortrag gewählt habe, impliziert, dass wir – wir, das heißt: die Deutschen, die Europäer – die Amerikaner in Europa zumindest **gebraucht haben**.

In der Tat ist es unabdingbar, einen Blick auf die amerikanische Rolle in Deutschland und Europa zu werfen, um die Frage nach den deutsch-amerikanischen Beziehungen und nach der transatlantischen Partnerschaft im 21. Jahrhundert zu

beantworten. Nur in Verbindung mit der Stellung, den Aufgaben und der Bedeutung der Vereinigten Staaten in der Vergangenheit ist ihre Rolle in Europa heute zu beurteilen. Auch eine Prognose über das transatlantische Verhältnis in den kommenden Jahren ist nur auf dieser Basis möglich. Dabei gibt es deutliche Unterschiede zwischen dem deutsch-amerikanischen und dem europäisch-amerikanischen Verhältnis zu beachten. Ich werde beide Beziehungsebenen zu berücksichtigen versuchen, denn in einem integrierten Europa bedeutet „wir“ nicht nur wir Deutsche, sondern auch wir Europäer.

Durch Geschichte und Kultur sind beide, Europäer und Amerikaner, Teil einer atlantischen Gemeinschaft, wie es Hannah Arendt formulierte. Die USA sind durch ihr Engagement in Europa in den vergangenen 60 Jahren, durch ihre Mitgliedschaft in der NATO und der OSZE sowie durch ihre Direktinvestitionen in Deutschland und Europa eine europäische Macht. Sie sind es vor allem auch politisch. Weil Europa seine Probleme allein nicht lösen konnte und kann.

Wie wurden die USA zu einer bis heute offenbar unverzichtbaren europäischen Macht – was machte das deutsch-amerikanische bzw. europäisch-amerikanische Verhältnis aus?

Ich werde zunächst die Rolle der USA als europäische Macht während des Kalten Krieges beleuchten, hier lautet die These: Die USA sind der von den Europäern eingeladene „wohlwollende“ Hegemon.

Ich werde weiterhin auf das veränderte Verhältnis seit dem Ende des Kalten Krieges eingehen. Hier lautet die These: Der strukturelle Wandel der Beziehungen verändert die Qualität der Beziehungen.

Ferner werde ich nach der Bedeutung der USA für Deutschland und Europa heute fragen. Die These hier: Bei allen Divergenzen und Problemen: Ein anderer Partner außerhalb Europas ist nicht zu sehen, beide Seiten sind aufeinander angewiesen. Abschließend werde ich eine Prognose für die künftige Entwicklung der Beziehungen wagen.

1. Die USA als europäische Macht : Der eingeladene, wohlwollende Hegemon

Die Vereinigten Staaten wurden mit dem Eintritt in den Zweiten Weltkrieg zu einer europäischen Macht. Ihr zweiter militärischer Auftritt in Europa innerhalb nur weniger Jahrzehnte war durch den Eroberungsfeldzug Hitlers und durch die deutsche

Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten vom 11. Dezember 1941 erzwungen. Die Gefahr, dass die amerikanische Gegenküste in Europa von Asien bis zum Atlantik durch einen totalitären, nach innen und außen aggressiven Staat dominiert würde, der alle europäischen Partner der USA, mit Ausnahme Großbritanniens unterjocht hatte und den U-Boot-Krieg bis vor die Küsten Amerikas trug, mußte abgewendet werden. Anders als 1918 jedoch wollte Washington die Nachkriegsordnung nicht allein den Europäern überlassen. Der Rückzug in die Isolation nach dem Ersten Weltkrieg war nach Analysen aller führenden amerikanischen Politiker ein gravierender Fehler gewesen, weil die Nachkriegspolitik der Europäer – Stichworte Versailles und Reparationszahlungen – eine Ursache für den 2. Weltkrieg gewesen war. Dieser Fehler sollte nicht wiederholt werden.

Den USA lag an einer grundlegenden Neuordnung Deutschlands und Europas primär aus einem Grund: Der eigenen und der weltweiten Sicherheit. Sie wollten nicht innerhalb einer Generation erneut amerikanisches Blut auf europäischem Boden vergießen. Seit der berühmten Abschiedsrede George Washingtons galt: Europe is the continent where war is inherent – Europa als kriegegebärdender Kontinent. Diese Entwicklung der Geschichte sollte durchbrochen werden. Den Grund für die Kriege, nicht nur die des 20. Jahrhunderts, sahen die Amerikaner in den politischen Strukturen Europas: im Nationalstaatensystem mit seinen Kämpfen um Hegemonie und Gleichgewicht.

Im Zentrum des Sicherheitsproblems stand im 20. Jahrhundert Deutschland. „Der deutschen Frage“ – für unsere europäischen und amerikanischen Partner immer die Frage nach der Rolle Deutschlands in Europa - kam somit Priorität zu. Sie war bald verwoben mit dem anderen Sicherheitsproblem, dem Kalten Krieg, in dem Deutschland „Frontstaat“ war. Da sich ein einheitliches Vorgehen der vier Kriegssalliierten in Deutschland nicht erreichen ließ und die Sowjetunion der von ihr eroberten Region gewaltsam ihr stalinistisches System aufzwang, zudem in der Türkei und in Griechenland versuchte, ihren Einfluss auszudehnen, revidierte Präsident Truman die Politik seines Vorgängers Roosevelt. Dieser hatte in den Kriegskonferenzen den Rückzug amerikanischer Truppen vom europäischen Boden innerhalb von zwei Jahren angekündigt. Der Kalte Krieg band die Vereinigten Staaten länger an Europa, als es eine europäische Neuordnung unter anderen Umständen getan hätte.

In der Rolle des „benign hegemon“ (Robert Nye / Helga Haftendorn), des wohlwollenden Hegemons handelte Washington als internationale Ordnungsmacht, nahm in seine Außenpolitik die Interessen anderer Staaten auf und kreierte ein System multilateraler Institutionen, dessen Mechanismen und Regeln Frieden, Sicherheit und Wirtschaft stabilisieren sollten und dem es sich selbst unterwarf.

Vor diesem Hintergrund übernahmen die Vereinigten Staaten in den Jahren nach 1945 zwei Rollen in Deutschland und Europa, die sie bis heute spielen: Sie wurden zum European Pacifier, also zum Friedensstifter und zum European Balancer, zur Ausgleichsmacht. Als pacifier geben sie Anstöße und Hilfe zur Neuordnung Europas und als balancer gleichen sie europäische Machtunterschiede aus: Das Gefälle zwischen dem bald wieder zu einem ökonomischen Koloss heranwachsenden Deutschland und seinen Partnern und das Machtgefälle zwischen Westeuropa und der weit nach Mitteleuropa vorgedrungenen Sowjetunion. In beiden Rollen geben sie Deutschland und Europa überhaupt die Chance, sich zu dem zu entwickeln, was sie heute sind: demokratisch, wohlhabend, in der EU integriert, somit eingebunden in ein dauerhaftes, Frieden garantierendes, Verflechtungssystem.

Lassen Sie mich einige bedeutende Stationen auf diesem Weg zum pacifier und balancer erläutern. Mit der Truman-Doktrin vom März 1947, dem Angebot, den freien Völkern Europas auch militärische Hilfe zu leisten, wurden die USA zum Garanten der Integrität Europas und Deutschlands: Ihr militärisches Gewicht war von nun an Substitut für die fehlende militärische Kapazität Westeuropas, das ausgeblutet und verarmt kein Gegengewicht zu der in fast voller Kriegsstärke verbliebenen Roten Armee bieten konnte. Für Europa war jedoch diese Bereitschaft der Amerikaner, sich dauerhaft militärisch an den Kontinent zu binden, eine unabdingbare Voraussetzung für seine Entwicklung. Erst die NATO, ein von den Westeuropäern gewünschtes Bündnis, das die USA an sie binden sollte, gab den Westeuropäern die Sicherheit vor der Sowjetunion und die Sicherheit, die es ihnen ermöglichte, den Wiederaufstieg einer souveränen Bundesrepublik zuzulassen. Weder die kleinen Nachbarn Deutschlands, noch Frankreich fühlten sich ohne amerikanische Präsenz sicher. Es kostete die britische und französische Regierung Überzeugungsarbeit, Washington sicherheitspolitisch an Europa zu ketten und es kostete die amerikanische Regierung intensive innenpolitische Überzeugungsarbeit, die politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Voraussetzungen für das Engagement im Marshall-Plan (3% des

jährlichen Bruttosozialprodukts) und die Gründung der NATO zu schaffen. Das Atlantische Bündnis wurde auf Bitten der Europäer geschaffen “to keep the Americans in, the Russians out and the Germans down“ – um den bekannten Satz des ersten NATO-Generalsekretärs, des Briten Lord Ismay zu zitieren. Der Einfluss der USA in Europa, ihre militärische Präsenz erfolgte auf Einladung. In den Worten des Schweden Geir Lundestad konnten die USA ein Empire by invitation errichten.

Seine Aufgabe als European Pacifier sah Washington in erster Linie darin, dem europäischen Nationalstaatensystem eine Struktur zu geben, die ihm seine inhärente Kriegslüsterheit nahm: Der Marshall-Plan vom Juni 1947 hatte zwei Ziele: er sollte durch Wiederaufbau und Wirtschaftswachstum Wohlstand schaffen, um die verelendeten Nationen immun gegen den Kommunismus zu machen, und er war so strukturiert worden, dass er die kurz zuvor noch Krieg gegeneinander führenden Staaten zwang, wirtschaftlich miteinander zu kooperieren. Sie sollten ihre Isolation und gegenseitige Abgrenzung aufgeben, miteinander in politischen Gremien ihre Konflikte friedlich austragen. Wirtschaftliche Verflechtung als Schlüssel zu Wohlstand, Demokratie und Frieden – das waren die Ziele des Marshall-Plans.

Die wirtschaftliche und schließlich politische Integration Europas in der Montanunion (EGKS), EWG und Euratom und später die Weiterentwicklung zur Europäischen Union, ihre zaghafte Versuche, in der internationalen Politik mitzusprechen, wären ohne die Rolle der USA nicht zustande gekommen. Diese Konzepte haben sich Europäer erdacht, angeregt von amerikanischen Politikberatern und deren Ideen, mit welchen Ansätzen der Nationalismus und das nationalstaatliche Denken auf dem alten Kontinent überwunden werden könnten, wie der zersplitterte, geschwächte und daher gefährdete Kontinent geeint werden könnte. Die Verhandlungen führten die Europäer. Sie führten nur zum Erfolg, weil die Präsenz der Amerikaner in der NATO die nötige Sicherheit bot – in der Rolle des balancers, und weil die amerikanische Diplomatie Kompromisse zwischen den Europäern vermittelte, die sie selbst nicht zustande gebracht hätten. So überzeugte Washington Frankreich, Interessen des schwachen Deutschlands zu berücksichtigen, Deutschland erfuhr, wo Grenzen französischer Kompromissfähigkeit waren. Großbritannien wurde davon abgehalten den europäischen Integrationsprozess zu sabotieren. Die amerikanische Regierung

wünschte ausdrücklich, dass ihr in den Europäern ein starker, selbstbewusster Partner heranwachsen möge.

Deutschland und Europa konnten ihren erfolgreichen Weg nur gehen, weil er auf der sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Absicherung durch die USA beruhte. Die schwachen Nachkriegsregierungen Europas, in manchen Ländern zunächst noch unter starkem kommunistischen Einfluss, hätten kaum die Zuversicht besessen, die Voraussetzung einer wirtschaftlichen Dynamik ist, noch die Kraft gehabt, sich dem sowjetischen Druck auf westliche Positionen zu widersetzen, weder in Griechenland, noch in der Türkei, schon gar nicht im geteilten Berlin.

Das heutige Europa ist also ganz entscheidend auch ein Produkt amerikanischer Politik – ohne amerikanisches Engagement sähe es anders aus – nicht zu unserem Vorteil.

Ganz zweifellos ist auch das heutige Deutschland ein Produkt amerikanischer Politik und amerikanischen Schutzes. Nachhilfestunden in Sachen Demokratie – die reeducation-, Hilfe bei der Gründung von Gewerkschaften, der freien Presse, des investigativen Journalismus -, die enthusiastische Annahme amerikanischer Popkultur, all dies sind sicher bemerkenswerte Einflüsse. Zentraler war jedoch die Überzeugung Washingtons, an einem freien West-Berlin und an der Option einer deutschen Wiedervereinigung festzuhalten, in der Bundesrepublik stationiert zu bleiben und somit der Bundesrepublik und dem westlichen Europa das Gefühl der Sicherheit zu geben, unter deren Schutzschirm Europa seine Prosperität entwickeln konnte. Die wesentliche Intention des von Kanzler Helmut Schmidt angestrebten NATO-Doppelbeschlusses war, mit der Stationierung amerikanischer Raketen auf deutschem Boden die Anwesenheit amerikanischer Soldaten an der innerdeutschen Grenze zu erzwingen und durch ihre unmittelbare Involvierung im Konfliktfall den Grad der Abschreckung zu erhöhen.

Der Prozess der deutschen Einheit und des Endes des Ost-West-Konflikts sah noch einmal die Amerikaner als herausragende Akteure als balancer und pacifier auf dem europäischen Kontinent: die deutsche Einheit setzte beide Rollen voraus. Ohne die nachhaltig den anderen europäischen Partnern wie auch Gorbatschow vermittelte Auffassung, dass ein vereintes Deutschland keine Gefahr für den europäischen Frieden darstelle; ohne die Versicherung Washingtons, auch ohne Ost-West-Konflikt

an der NATO festzuhalten und somit in Europa zu verbleiben, wäre die deutsche Einheit nicht so schnell und nicht in so gutem Einvernehmen mit seinen west- wie osteuropäischen Partnern erfolgt. Die Politik der Regierung Bush Senior war zentral in der Schaffung des Konsenses für diese einvernehmliche Regelung – ein Grund, warum Bush Jun. so sensibel auf die Äußerungen im deutschen Wahlkampf reagierte. Margaret Thatchers Memoiren, referieren in aller Deutlichkeit das britische Misstrauen gegen ein wiedervereinigtes Deutschland. Sie stand nicht allein. Allein unter den Partnern Deutschlands standen vielmehr die Vereinigten Staaten als vehemente Befürworter der deutschen Einheit.

In den vier Jahrzehnten bis zur großen Zäsur 1989/90 ist die Rolle der Vereinigten Staaten für Europa die einer wohlwollenden Hegemonie gewesen. Das heißt nicht, dass es nicht intensive Reibungen im deutsch-amerikanischen oder amerikanisch-europäischen Verhältnis gegeben hätte. Kaum war die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gegründet, prägten Handelskonflikte das Verhältnis: der Weg führte vom so genannten Hähnchen und Bananenkrieg zu Auseinandersetzungen über hormonegefüllte Rinder und transgenen Mais. Der Vietnam-Krieg wurde von vielen europäischen Politikern kritisiert, besonders von den Medien und der Öffentlichkeit. Steter Reibungspunkt seit Ende der 60er Jahre war die amerikanische Währungspolitik: ihr „benign neglect“ gegenüber der Dollarstabilität führte zur Aufwertung der D-Mark und zu europäischen Währungsturbulenzen. Bitter konnten auch die Auseinandersetzungen über NATO-Doktrinen und Strategie sein: der Wechsel von der Doktrin der massiven Vergeltung – massive retaliation – zur flexiblen Antwort - flexible response – erfolgte gegen den Widerstand des Bundeskanzlers Adenauer. Die Stationierung von Waffensystemen führte zu Zwistigkeiten. Beispiele gibt es zuhauf.

Immer auch hat es Kritik an den amerikanischen Verbündeten gegeben: Seitens regierender deutscher Politiker eher im direkten Umgang mit dem Partner hinter verschlossenen Türen, gelegentlich auch öffentlich – so war Schmidts Kritik an Carters Sprunghaftigkeit und Inkonsistenz sehr wohl in der Presse nachzulesen, auch andere europäische, nicht zuletzt französische Regierungsstimmen waren zu vernehmen. Demonstrationen auf der Straße gingen über Kritik an amerikanischer Politik weit hinaus und gaben sich immer wieder gern gepflegten anti-amerikanischen

Klischees hin, die von keinerlei Differenzierungswunsch getrübt wurden: USA – SA – SS hieß es beispielsweise in den 70-ern.

Auch die Vereinigten Staaten kritisierten ihre Partner: Europa sei wohlhabend geworden, aber militärisch zu schwach geblieben, um sich selbst zu verteidigen, geschweige denn, fähig, die USA in ihrer Rolle als Ordnungsmacht auch außerhalb Europas zu unterstützen. Washington übte Kritik an der europäischen Wirtschafts- und Handelspolitik, kritisierte, dass Europa sich mit einer teilbaren Entspannung abfand und war enttäuscht, dass das vereinte Deutschland nicht die Rolle übernehmen konnte, die es der alten Bundesrepublik angeboten hatte: partners in leadership zu sein.

2. Das neue transatlantische Verhältnis: The unchallenged Hegemon oder: Americans are from Mars, Europeans are from Venus

Was ist also neu an den derzeitigen Auseinandersetzungen? War nicht alles schon da? Sehen wir tatsächlich eine Änderung in den deutsch-amerikanischen, europäisch-amerikanischen Beziehungen, einmal abgesehen von einer Regierungspartei, die den Einfluss auf den amerikanischen Partner durch Wahlkampfaußerungen verspielt?

Neu ist, dass die Strukturen der transatlantischen Beziehungen sich in den 90-er Jahren drastisch verändert haben. Damit musste sich die Qualität des Verhältnisses zwangsläufig ändern. Es wird nicht mehr den Charakter, das Vertrauen und die Nähe der Zeit während des Kalten Krieges zurück erhalten, sondern wird sich dauerhaft verändern.

Ironischerweise liegt dies an dem Erfolg der amerikanischen Politik in Europa. Die Vereinigten Staaten und Europa haben die Rollen getauscht, die sie in den letzten Jahrhunderten gespielt haben. Die idealistischen Werte, die Europa in der Weltpolitik nun hochhält – Verrechtlichung und Multilateralisierung der internationalen Beziehungen, Integration, Toleranz, Konfliktlösung durch Handel und wirtschaftliche Instrumente, geduldiges Aushandeln und Vermitteln - waren die Werte eines schwachen Amerika im 18. und 19. Jahrhundert, während die europäischen Staaten Machtpolitik betrieben und militärische Gewalt einsetzten. Washington konnte seinen Einfluss auf Europa im letzten Jahrhundert so geltend machen, dass dieses seine Werte höchst erfolgreich übernahm, allerdings nur, Ironie der Geschichte, weil Amerika selbst allerdings nun die machtpolitische Absicherung der europäischen

Entwicklung übernommen hatte. Europa wurde Zivilmacht, weil Washingtons Machtpolitik den Europäern das schützende Gehege schaffte.

Unmittelbar verändert hat sich 1990 das Abhängigkeitsverhältnis der Europäer von den USA. Vier Jahrzehnte lang war die Sicherheit Westeuropas auf Biegen und Brechen vom Engagement der Vereinigten Staaten in Westeuropa abhängig. Die USA hatten vermocht, den Westteil des Kontinents in eine Friedensordnung zu transformieren, sie konnte nun ausgedehnt werden auf Mittelosteuropa, mit der Hoffnung, dass Russland nicht nur seine Bedrohlichkeit verlieren würde, sondern sich als demokratischer Staat in westliche Organisationen einbinden lassen würde.

Dennoch: Auf den ersten Blick blieb im transatlantischen Verhältnis nach 1989/90 zunächst alles beim alten. Die Vereinigten Staaten blieben damals und bleiben heute unabdingbar in der Rolle des balancers: Sowohl die westlichen wie die östlichen Nachbarn sind dankbar für die amerikanische Präsenz, die eine doppelte Versicherung bedeutete: gegen ein Wiederaufleben deutscher wie russischer Hegemonialbestrebungen, also gegen die beiden Gefahren des 20. Jahrhunderts. In Anbetracht der unsicheren Entwicklung der Sowjetunion bzw. der russischen Föderation rang Europa erneut darum, weiterhin eine möglichst große Zahl amerikanischer Soldaten auf dem Kontinent stationiert zu sehen. 95.000 wollten die USA zugestehen, aber bereits die im Krieg für die Befreiung Kuwaits Abkommandierten kamen nicht wieder. 75.000 waren es schließlich, heute sind es nur noch 55.000.

Die Zäsur von 1989/90, der Zusammenbruch der Sowjetunion ließ die USA aber auch als einzige Supermacht zurück, während Europa schwächer wurde, weil es seine strategische Bedeutung verlor, gleichzeitig nicht in der Lage war, Konflikte in seinem Vorhof zu bewältigen. Dabei hatte es zunächst so ausgesehen, als werde sich das vom Druck der Bedrohung seitens der Sowjetunion befreite Europa zu einem Machtfaktor in einer multipolaren Welt aufschwingen: „Im post-historischen Paradies des Friedens und Wohlstands“ (Kagan) schien Europa mit dem Maastrichter Vertrag zur Gründung der Europäischen Union nicht nur mit einer gemeinsamen Währung das weltpolitische Gewicht Europas zu stärken, sondern auch durch die Schaffung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu einem überregionalen Akteur zu werden. Amerikanische Wissenschaftler und

Journalisten waren sogar geneigt, in der Europäischen Union die Supermacht des 21. Jahrhunderts zu sehen. Allerdings zeigte sich bald, dass die der Weltpolitik entwöhnten Europäer sich nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes erst recht auf sich konzentrierten und neue Gefahren sowohl in Europa, wie weltweit nicht wahrnehmen wollten.

Die USA mussten wieder in der Rolle des pacifiers agieren: Europa versagte auf dem Balkan. Gegen den kriegerischen Zerfallsprozess Jugoslawiens hatten einzelne europäische Staaten noch die Instrumentarien der in Gründung befindlichen Europäischen Union eingesetzt. Die EU setzte ihre zivilstaatlichen Instrumente ein: Sie boten so genannte good services, d.h. diplomatische Vermittlungsversuche zwischen den Kontrahenten, setzten wirtschaftliche Anreize ein und die Drohung ihres Entzugs, also: Sanktionen. Sie unterschätzten, dass die nationalistische Fanatisierung außer Kraft setzt, was demokratische und marktwirtschaftliche Staaten antreibt, nämlich Wohlstandswahrung und Wohlstandsmehrung. Nach internen politischen Diskussionen, widersprüchlicher Politik zwischen Deutschland, Frankreich, Großbritannien und anderen europäischen Staaten galt die Hoffnung dem Einsatz der UNO. Sie mussten jedoch mit ansehen, wie UNO-Blauhelme wehrlos rassistischen Säuberungen und Exekutionen gegenüberstanden. Erst der militärische Eingriff der amerikanischen Luftwaffe beendete die Kriege auf dem Balkan. Aus diesen Ereignissen zogen Europäer und Amerikaner völlig unterschiedliche Schlüsse.

Das Auseinanderdriften der Bedrohungsanalysen beider Partner verstärkt die Entfremdung: Der Überfall des Irak auf Kuwait, die von Machtpolitik, Rassismus und Nationalismus angetriebene Politik im zerfallenden Jugoslawien, der Terrorismus gegen die USA 1993 mit dem ersten Anschlag auf das World Trade Center, schließlich mit den Attentaten in Oklahoma City und auf die Botschaften in Afrika, das Wissen über ungesichertes Nuklearmaterial, chemische und biologische Kampfstoffe in der GUS verfestigte in Washington den Eindruck anarchischer internationaler Beziehungen, die nur mit machtpolitischen Instrumenten zähmbar seien. Während die Europäische Union sich in der Welt von John Locke und Woodrow Wilson sah, erkannte Washington die Welt des Thomas Hobbes. Insbesondere die Deutschen, die vierzig Jahre Frontstaat gewesen waren und auf dem Pulverfass gesessen hatten, waren nur auf sich konzentriert und hatten den Blick nicht frei für die neu entstehenden Gefahren. Sie gaben sich der Illusion einer Friedensdividende in einer

nach europäischem Muster befriedeten Welt hin und waren nicht bereit, sich auch mental auf eine noch bedrohlichere Realität einzustellen.

Entsprechend waren die Reaktionen: Die Europäer schränkten ihre Verteidigungsausgaben systematisch ein, sie gingen auf 2% des Bruttonationalproduktes zurück, für die Bundesrepublik sind es derzeit offiziell 1,5%, de facto knapp über ein Prozent, wobei 55 % der Mittel Personalausgaben sind. Die USA hingegen hielten ihren Militärhaushalt auf 3 % des BSP, in Anbetracht des rasanten Wirtschaftswachstums eine deutliche Steigerung in absoluten Zahlen.

Damit sind wir bei einem weiteren Element des Strukturwandels in den Beziehungen: Europa vermag weder Anfang der 90-er Jahre noch heute eine einheitliche Politik zu formulieren. Aber selbst wenn es sie formulieren könnte, es fehlte die Bereitschaft, der politische Wille, sie materiell, d.h. in den Verteidigungshaushalten abzusichern. Seit dem 11. September ist offenkundig, was Washington schon zuvor beklagte: Die EU-Partner sind nicht einmal fähig, eine konsistente europäische Haltung zu formulieren. Trotz GASP gibt es keine einheitliche Haltung in Europa. Aber Europa hat außenpolitische Ambitionen, zu dem ihm die Machtmittel fehlen.

Der Krieg um Kuwait und die Einsätze gegen Serbien machten Differenzen zwischen Europäern und Amerikanern deutlich, die bleiben werden: In beiden Fällen bewiesen die Europäer große Geduld bei Ausschöpfung aller diplomatischer Mittel. In der Zwischenzeit mussten viele Menschen ihr Leben lassen. Die USA jedoch sahen angesichts der Politik beider Diktatoren die Mittel der Diplomatie und Sanktionen als bereits ausgeschöpft an.

Der Einsatz im Irak 1991, mehr noch der im Kosovo offenbarten zudem die Diskrepanz in den Potentialen drastisch: Europäer und Amerikaner, die NATO-Partner, sind in der Militärtechnologie Lichtjahre voneinander entfernt. Die Europäer haben die falschen Waffensysteme, zu unmoderne zudem, Ausrüstung wie Soldaten sind überwiegend noch immer ausgerichtet auf die historisch überholte Aufgabe, einer Verteidigung gegenüber einem Angriff des Warschauer Pakts. Nur die USA verfügen über Waffensysteme, die power projection über weite Distanzen ermöglichen, mit präziser Wirkung und vergleichsweise geringen zivilen Schäden. Sie modernisieren diese Systeme in beachtlichem Tempo weiter. Die Unfähigkeit wie Unentschlossenheit der Europäer im Kosovo-Krieg ließen die USA von der NATO als

„Dial and error“ sprechen. Selbst weitgehend impotent, erbittet Europa amerikanische Einsätze, kritisiert dann aber amerikanische Entscheidungen. Die Rückständigkeit hat zwangsläufig ein geringeres politisches Gewicht, d.h. geringeren politischen Einfluss zur Folge, da sie weder als vollwertige Partner kooperieren, noch politische Strategien mit glaubwürdiger militärischer Drohung untermauern können. In Anbetracht der neuen, durch den 11. September deutlich gewordenen Herausforderungen, entfällt Europa aus amerikanischer Sicht als politischer Partner von Gewicht.

Somit bietet sich aus amerikanischer Sicht nur noch eine Arbeitsteilung an, in der die europäischen NATO-Partner für Washington für Aufgaben der Logistik, der Sicherung und des nation-building übernehmen. In der Arbeitsteilung zwischen Sheriff und Saloonkeeper liegt Treibstoff für die Kontinentaldrift.

Wenn ich von Europäern spreche, muß hier natürlich differenziert werden: Die Briten, ungeschlagen im zweiten Weltkrieg, mit einer langen Tradition militärischer Eingriffe außerhalb Europas, teilen amerikanische sicherheitspolitische Analysen öfter als die Kontinentaleuropäer. Amerikaner, Briten und Franzosen sind geprägt von der „lesson of Munich“, der Appeasementpolitik des Münchner Abkommens. Ihr Wille, die Zukunft ihrer Nation durch aktive Weltpolitik mit zu gestalten, unterscheidet sie besonders von den Deutschen. Diese haben nach ihrer Geschichte im 20. Jahrhundert ein besonders gebrochenes Verhältnis zum Einsatz von Machtmitteln. Frankreich setzt gekonnt seine diplomatischen Mittel ein. Es geht Paris in erster Linie um die Markierung einer eigenen politischen Linie. Militärische Einsätze, die es stets aktiv mitgetragen hat, dienen der Sicherung einer späteren politischen Mitsprache.

3. Der 11. September – ein „transformative moment“ amerikanischer Politik und transatlantischer Beziehungen

Trotz aller tiefempfundenen Mitleidsbekundungen in Europa: Der 11. September markiert einen tiefen Einschnitt. Die Vereinigten Staaten befinden sich subjektiv und objektiv im Krieg – die Europäer nicht. Da der Angriff am 11. September nicht unseren Bildern von einem Krieg entspricht ebenso wenig wie die amerikanischen Reaktionen den üblichen Strategien der Terrorismusbekämpfung und weil Europa diese Erfahrung des Terrorismus nicht teilt, sind emotionale wie politische Reaktionen unterschiedlich. Den Amerikanern wurde Überempfindlichkeit vorgeworfen, weil sie keine Erfahrung mit dem Terrorismus hätten.

Hier liegt bereits das erste Missverständnis: auch die USA hatten Erfahrungen mit Terrortoten, sowohl im eigenen Land wie von Landsleuten außerhalb der eigenen Grenzen. Es ist die Dimension des Angriffs, es ist die enorme Zahl von Toten, die alle europäischen Länder zusammen in einer dreißigjährigen Periode des Terrorismus nicht erleiden mussten; es ist das Ziel des Anschlages – ein herausragendes Symbol der USA –, es ist die traumatische Erfahrung „out of the blue“ im eigenen Land angegriffen zu werden und es ist das gewählte Mittel, das zivile Flugzeuge mit Passagieren zu einer militärischen Angriffswaffe transformierte. Zur neuen Dimension des Krieges gehört die langfristige und sophistische Vorbereitung des Anschlages durch eine globale Organisation.

Der 11. September hatte für die USA zwei unmittelbar wirkende Folgen. Erstens: Der „worst case“, den die Planungsstäbe nach den Bombenattentaten auf das World Trade Center und die Botschaften in Ostafrika in den 90-er Jahre erörtert hatten, ist eingetreten. Er demonstrierte, dass Bedrohungen nicht länger allein von Staaten ausgehen, sondern auch von transnational operierenden Netzwerken, von privaten Gruppen oder gar von einzelnen.

Die Folge dieser Erfahrung ist, zweitens, eine noch geringere Toleranz gegenüber Staaten mit Massenvernichtungswaffen. Die von ihnen ausgehende potentiell noch größere Gefahr wird nun erst recht als inakzeptabel angesehen. Washington sucht heute nach einer Eindämmung terroristischer Gefahren, auch solcher mit Massenvernichtungsmitteln, die von Gruppierungen wie von Staaten gleichermaßen ausgehen können. Es sieht im 11. September eine neue Form des Krieges und nicht nur einen größeren terroristischen Anschlag.

Washington reagiert zum Befremden der Europäer ebenfalls mit einer neuen Form des Krieges. Da das System der Abschreckung, das hier anders als im Kalten Krieg nicht greift, versuchen die USA mit den Mitteln der Prävention der Gefahr neuer, womöglich noch verheerender Attacken zuvorzukommen. „We can not let our enemies strike first“.

Der 11. September machte den USA ihre asymmetrische Verwundbarkeit bewusst. Asymmetrisch, weil die Bedrohung nicht mehr in sowjetischer Nuklearbewaffnung gesehen wird, die als rationales und kalkulierbares Moment in einem System wechselseitiger gesicherter Vernichtung (mutual assured destruction – MAD) Abschreckung als gesichert erscheinen ließ. Gegen Selbstmordattentäter aber ist

diese Abschreckung nicht mehr möglich. Sie können eine sensible, hochtechnisierte Gesellschaft und Infrastruktur mit Massenvernichtungswaffen treffen oder zivile Mittel in Waffen verwandeln, ohne dass direkte Abschreckung noch möglich erscheint. Die neue Strategie versucht den Gefahren durch Prävention zuvor zu kommen.

Für die Europäer ist die Situation subjektiv wie objektiv eine andere. Sie sind in der Tat nicht angegriffen worden. Die Politik hat dem Eindruck nicht entgegengewirkt, dass auch künftig die USA das gesuchte Ziel sein werden, – auch die Planung eines Anschlags auf den Straßburger Weihnachtsmarkt 1990, die Attentate auf Djerba und Bali haben dieses europäische Lebensgefühl nicht grundsätzlich verändert. Anders als in Amerika werden die Dimensionen potentieller Angriffsmittel, wie nukleare Waffen, z.B. „dirty bombs“, chemischer und biologischer Kampfstoffe nicht öffentlich diskutiert. Der BND z.B. hatte im Frühjahr 2002 auf die Veröffentlichung einer Bedrohungsanalyse für Deutschland gedrängt, die jedoch in einem Wahljahr nicht erscheinen durfte. Vor diesem unterschiedlichen Hintergrund müssen amerikanische und europäische, insbesondere deutsche Reaktionen auseinander klaffen.

So leben Amerikaner und Europäer, zumal Deutsche, heute in **zwei unterschiedlichen** Welten:

1. Sie unterscheiden sich in der Perzeption der Bedrohung wie in der als adäquat angesehenen Reaktion. Europäer sehen die Bedrohungslage als tolerabel an; amerikanische Politiker sind nicht bereit, abzuwarten, bis sie sich verschlechtert, weil sie die Gefahren als zu groß einschätzen.

Während die Amerikaner sich die Frage stellen, welche Gefahren drohen, wenn sie nicht eingreifen, im Irak zum Beispiel, fragen die Europäer hingegen fast ausschließlich, welche negativen Folgen ein Eingreifen haben wird.

Amerikanische Politiker neigen dazu, ein Eingreifen als Beginn einer Lösung des Problems zu sehen, Europäer sehen es als den Beginn einer Katastrophe. Das war bei der Befreiung Kuwaits so, das ist heute im Fall des Iraks so. Darin spiegeln sich unterschiedliche Mentalitäten, mehr aber noch unterschiedliche Machtpotentiale.

2. Die USA gehen - darin unterscheiden sie sich von den Europäern - nicht davon aus, dass Diktatoren sich an das internationale Recht oder an Resolutionen der Vereinten Nationen halten werden. Sie unterscheiden zwischen einer verrechtlichten internationalen Sphäre demokratischer Staaten, in der

Regeln aufgestellt und eingehalten werden können und einer internationalen Sphäre des Krieges aller gegen alle – diktatorischer Staaten gleichermaßen wie fanatisierten Einzeltäter oder organisierten Gruppen - deren Opferzahlen in die Hunderttausende gehen können und wo der Regelbruch vorausgesetzt werden muss.

3. Washington sieht das Völkerrecht als einen in Recht geronnenen Ausdruck einer konkreten weltpolitischen Lage, die bei neuen Herausforderungen die Anpassung des Recht erforderlich oder es unter Umständen notwendig macht sich darüber hinweg zu setzen; Europäer hingegen gehen davon aus, dass das internationale Recht die Anarchie des internationalen Systems eindämmen und transformieren wird und dass die Nichteinhaltung des Rechts die größeren Gefahren birgt.

4. Beide Seiten haben in den letzten 50 Jahren ihre Konzeption und ihr Verständnis von Souveränität getauscht: Europa fasst seine staatliche Souveränität in der EU zusammen und überträgt sie partiell internationalen Organisationen, was einen schwerfälligen, bürokratischen Entscheidungsprozess zur Folge hat. Die USA bestehen zunehmend auf ihrer uneingeschränkten staatlichen Souveränität, die sie nicht an internationale Organisationen übertragen wollen. Dies hat unterschiedliche Bewertungen und Strategien zur Folge.

Die besonders von deutscher und französischer Seite stark kritisierte National Security Strategy, die so genannte Bush-Doktrin, ist Ausdruck dieser Einschätzungen. Sie konstatiert für den souveränen Staat den Anspruch auf „pre-emptive strikes“ (vorbeugenden Schläge) im Falle „einer spezifischen Bedrohung“. Damit reklamieren die USA tendenziell eine moralisch begründete Legitimation uneingeschränkter Souveränität jenseits des Völkerrechts – mit mutmaßlich problematischen Rückwirkungen auf die internationalen Beziehungen. Andere Staaten werden gleiches Recht beanspruchen. Unterschiedliche Bedrohungswahrnehmungen, die vielstimmige, aber uneinheitliche europäische Reaktion und die aus den Balkan-Einsätzen herrührende Einschätzung, mit den Europäern gemeinsam nicht adäquat reagieren zu können, erweckt in Washington den Eindruck, in letzter Konsequenz auf sich allein gestellt zu sein. Die Quintessenz: Die amerikanische Regierung

nimmt stärker als je zuvor den Primat der Entscheidungs- und Handlungsfreiheit in Anspruch. Sie führt den Krieg gegen den Terrorismus zwar mit einer Koalition, ohne jedoch bisher zu den als möglich erachteten militärischen Alleingängen gegriffen zu haben. Die Amerikaner agieren nicht unilateral, sondern praktizieren einen Multilateralismus à la carte: Sie allein haben die Option, zwischen Unilateralismus und Multilateralismus zu wählen, weil sie die notwendigen Machtressourcen besitzen. Die Europäer hingegen haben in ihrer Ohnmacht diese Option nicht. Sie müssen die USA multilateral einbinden, um eine gewisse Chance der Mitgestaltung, wenn schon nicht Mitentscheidung, wahrnehmen zu können. Auch aus der Verdrängung aus Entscheidungsprozessen resultiert die europäische Verstimmung.

4. Wozu brauchen wir die Amerikaner noch?

Sicher, die Politik der amerikanischen Administration in ihrer Ungeduld gegenüber europäischen Positionen ist von Arroganz der Macht geprägt. Ob es um das Kyoto-Protokoll geht oder den Internationalen Strafgerichtshof, Washington geht einen Weg der Abstinenz bei multilateralen Vereinbarungen.

Dem steht freilich eine Arroganz der Ohnmacht gegenüber. Die Europäer haben nachweislich keine Lösung für internationale Probleme anzubieten und sie besitzen nicht die notwendigen Instrumente, weder auf dem Balkan, noch im Irak, noch im Nahen Osten. Sie haben nicht den politischen Willen, an dieser Situation etwas zu ändern. Wenn es sich um einen griechisch-türkischen Inseldisput im Mittelmeer handelt, wenn Spanien und Marokko über die winzigen Petersilien streiten und erst recht, wenn es um die Befriedigung des Balkan geht – Europa ist nicht in der Lage, diese Probleme allein zu lösen. Die Europäer müssen auf die amerikanische politische Macht sowie amerikanische militärische Instrumente zurückgreifen, meinen dann aber, dass diese gemäß europäischen Vorstellungen eingesetzt werden müssten – eine nicht umsetzbare Konzeption. Zur Arroganz dieser Ohnmacht gehört es auch, Argumente der USA –z.B. gegen das Kyoto-Protokoll und den Internationalen Strafgerichtshof nicht mehr wahrzunehmen und sie nicht mehr ernsthaft zu diskutieren.

Wenn also das Missvergnügen so beträchtlich ist, sollten dann nicht die transatlantischen Beziehungen gelockert werden? Wofür brauchen wir die

Amerikaner noch - stehen sie nicht, wie manche Äußerung vermuten lässt - einer „heilen Welt“ entgegen?

Da die Welt nicht friedlich ist und nach Prognose aller Experten allein aufgrund der Probleme eines rasanten Bevölkerungswachstums und ethnischer Auseinandersetzungen vermehrt Konflikte gebären wird, brauchen wir, brauchen die Europäer, die USA als Ordnungsmacht. Gerade, weil Europa eine andere Politik verfolgt und weder Willen noch Potenzial für eine Führungsrolle besitzt, sind wir auf die Vereinigten Staaten angewiesen. Selbst die geplante europäische Eingreiftruppe, die dieses Jahr entstehen sollte, voraussichtlich aber erst jenseits des Jahres 2007 – Pessimisten sprechen von 2012 - einsetzbar sein wird, ist auf von Amerika gestellte militärische Infrastruktur und Logistik angewiesen. Wird die Eingreiftruppe in der Lage sein, einen Konflikt in Albanien, Moldawien oder der Ukraine einzudämmen – ohne amerikanische Hilfe? Die Erfahrungen seit 1945 sprechen dagegen. Wenn Washington vielleicht nicht mehr als balancer gebraucht wird, weil Deutschland und Russland so schwach sind, so wird es doch noch als pacifier benötigt.

Ferner: Es ist Illusion zu glauben, islamistische Terrorgruppen hätten lediglich die USA als Ziel. Sie sind „prime target“, nicht das „only target“, wie Djerba und Bali gezeigt haben. Auch hier bedarf Europa der amerikanischen Unterstützung, der Aufklärung, der technologischen Hilfe.

Es bedarf auch des amerikanischen Abschreckungs- und Drohpotentials. Die Eindämmung terroristischer Staaten und Gruppierungen bedarf vieler Strategien. Eine wichtige ist zweifellos, dem Terrorismus den sicheren Stützpunkt zu nehmen, d.h. Staaten auch mit militärischen Drohungen davon abzuhalten, Terroristen zu beherbergen. **Eine** weitere Strategie ist es, dafür zu sorgen, dass failing states, also zerfallende Staaten, nicht von Terrororganisationen übernommen werden. Last but not least gilt die Droh- und Abschreckungskomponente auch Staaten, die die internationale Sicherheit mit Massenvernichtungswaffen bedrohen. Wir vergessen gar zu leicht, dass erst die Kriegsvorbereitungen der USA den Irak dazu veranlasst haben, die UN-Inspektoren nach vier Jahren wieder ins Land zu lassen. Keine dieser Aufgaben wird Europa schultern können.

Auch aus wirtschaftlichen Gründen brauchen wir eine funktionierende Partnerschaft. Die Vereinigten Staaten sind der Motor der Weltwirtschaft. Mehr als die Hälfte aller amerikanischer Direktinvestitionen sind in Europa getätigt (582 Mrd. \$),

hunderttausende europäischer Arbeitsplätze hängen an ihnen. Gleichermaßen sind die USA der Schwerpunkt europäischer Direktinvestitionen. Die enge Verflechtung des transatlantischen Wirtschaftsraums verträgt keine tiefe Verunsicherung der politischen Beziehungen. Die Divergenzen, die sich in den letzten 10 Jahren ergeben haben, gründen auf dem Unterschied der Machtressourcen, der daraus folgenden Einstellung zu Machtmitteln und der ebenfalls damit verbundenen Stellung in der Weltpolitik.

Was sind amerikanische Machtressourcen? Das militärische Potential, selbstverständlich. Nach dem 11. September begann die Administration den Verteidigungshaushalt beträchtlich aufzustocken. Heute entspricht er der Summe der nachfolgenden 14 größten Militärhaushalte. 300.000 Soldaten stehen in 140 Ländern. Aber es ist nicht die militärische Kapazität allein. Gleichermaßen bedeutend sind die Bereiche Wissenschaft, Wirtschaft, ja auch Gesellschaft: Die USA sind ein dynamischer Staat. Ihre Bevölkerung hat sich seit 1950 fast verdoppelt (heute knapp 280 Mio.) und wird auf absehbare Zeit im Durchschnitt weit jünger sein als die europäische. Ihre Wirtschaft zeigte nicht nur eine enorme Steigerung des Bruttosozialprodukts, sondern auch der Zahl der Arbeitsplätze. Zwischen 1980 und 2000 wurden netto 35 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen (insgesamt 70 Mio, bei 35 Mio. Verlust). Ferner: Die wissenschaftliche Innovationskraft der USA ist unübertroffen. Medizinische Forschung, Grundlagenforschung und Computertechnologie sprechen für sich. Auf diese harten und weichen Machtfaktoren gründet sich die amerikanische Position.

So war es den Vereinigten Staaten möglich, einen hohen Militärhaushalt beizubehalten. Sie benötigte ihn, weil sie sich auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion als Ordnungsmacht in einer weltweiten Verpflichtung sah und als Sicherheitsgarant eintreten musste. Als pacifier und balancer war und ist Washington darum auch im Fernen Osten engagiert: Es garantiert die Sicherheit der zweitgrößten Industriemacht Japan, Taiwans und Südkoreas. Bereits in den 90-er Jahren waren die USA in die Problematik von Massenvernichtungswaffen involviert: In Nordkorea wie im Irak.

In Anbetracht der wirtschaftlichen aber auch sicherheitspolitischen Herausforderungen und Gefahren und insbesondere in Anbetracht der europäischen Defizite brauchen die Europäer einen Partner in der Weltpolitik. Gleiches gilt übrigens für die USA.

Wenn man wohl zu recht davon ausgeht, dass eine dauerhafte Partnerschaft auf einem Wertekonsens beruht, so bieten sich nur die Vereinigten Staaten an. Umfragen zeigen, dass die Übereinstimmung in den grundlegenden Werten und Ansichten, aller Divergenzen zum Trotz, sehr hoch ist. Dennoch unterscheiden sich beide Seiten nicht nur in der Einschätzung ihrer eigenen Gefährdung, sondern zunehmend auch in ihrer wertgebundenen Weltsicht. Die Amerikaner sind nach einer Untersuchung des Council on Foreign Relations das patriotischste Land. Sie schätzen zunehmend traditionale, moralische Werte, wie Religion und Familie und sehen auch die internationale Politik in moralischen Kategorien – das schlägt sich im Sprachgebrauch nieder: axis of evil. Die Wertestruktur bewirkt eine unterschiedliche Sichtweise der Weltpolitik und fördert in Amerika die Bereitschaft für Verteidigungsausgaben.

Ich habe bisher generalisierend von „den Europäer“ gesprochen. Wie wir wissen, ist es kennzeichnend für „die“ Europäer, dass sie zumeist unterschiedlicher Auffassung sind. An der transatlantischen Diskussion über ein militärisches Eingreifen im Irak lässt sich dies besonders klar verfolgen. Die europäischen Auffassungen lassen sich zwischen den beiden gegensätzlichen Polen Großbritanniens und Deutschlands einordnen: Großbritannien, das die Politik der amerikanischen Administration weitgehend unterstützt, und Deutschland, das jegliche Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak ablehnt. Im Falle eines UN-Sicherheitsratsbeschlusses zur Intervention wird diese Haltung allerdings problematisch. Die Bundesregierung würde in diesem Fall gegen die UN-Charta verstoßen, deren Prinzipien sie mit ihrer Unterschrift anerkannt hat. Ihr Ziel war stets, die internationale Politik zu multilateralisieren und die Autorität der Vereinten Nationen unbedingt anzuerkennen. Deutschland ist mit seiner Haltung heute schon in Europa isoliert. Es ist als Partner nicht mehr relevant, weil es seine Haltung kategorisch festgelegt hat und es auch verzichtet, Einfluss auszuüben. Die Irakfrage im Wahlkampf zu instrumentalisieren, hatte einen anhaltenden Einbruch deutschen Einflusses zur Folge. Deutschland als designierter „partner in leadership“ war einmal primärer Ansprechpartner der Amerikaner in Europa, weil es anders als die Briten voll in der EU und dem Euro und anders als die Franzosen voll in der NATO integriert war. Die Rolle als bedeutender Partner der USA sicherte ihm auch eine besondere Wertschätzung Moskaus. Die

osteuropäischen Staaten, wie auch Spanien und Italien orientierten sich mit Vorliebe an Berlin.

Die Aufgabe der Bundesregierung wäre es gewesen, als Land mit großem Einfluss einerseits die Europäer zu einer gemeinsamen Haltung zusammen zu führen, andererseits mit ihnen gemeinsam auf die Haltung der USA einzuwirken. Da es auf jegliche Einflussnahme verzichtete, weder die Europäer zusammenführte, noch das Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten suchte, vielmehr den Vertrauensbruch beging, nicht, wie dem Präsidenten in Berlin im Mai zugesagt, die Irakfrage aus dem Wahlkampf zu halten, ist das Ansehen Deutschlands in Washington dramatisch gesunken. Großbritannien wurde, als sich die Bundesregierung auf den „deutschen Weg“ begab, bestärkt, sich den USA als Partner anzubieten. Frankreich erhöhte seinen Einfluß, indem es gemeinsam mit den Russen eine Sicherheitsratsresolution auf den Weg brachte. Italien, Spanien und die neuen NATO-Mitglieder im Osten und künftigen EU-Mitglieder stellten sich an die Seite Washingtons. Der Verlust an Ansehen und Einfluss wird verschärft durch die deutsche Wirtschaftslage. Der „kranke Mann Europas“ wirkt dämpfend auf das europäische Wirtschaftswachstum und weckt allerorts Sorgen: Die „Fäule im Herzen Europas“ (Newsweek, 13.1.03) wirkt sich auch auf den Europäischen Konvent aus, in dem das traditionell für eine Vertiefung und Föderalisierung der Integration stehende Deutschland mit seinem Anliegen nicht mehr ernst genommen wird. Mit Blick auf Amerika wie auf Europa: Deutschland kann nur noch reagieren, nicht mehr führen. Auch das ist eine Belastung des transatlantischen Verhältnisses.

5. Was wird aus den ehemals herzlichen Beziehungen?

Ohne die heimliche Führungsmacht in Europa, ist eine annähernd gleichgewichtige Partnerschaft der EU mit den USA, die in der Lage wäre, die Regierung zu beeinflussen, nicht am Horizont erkennbar. Weder wird Europa absehbar die Wirtschaftskraft haben, die die USA beeindruckt, noch wird es je die militärische Stärke haben, um als gleichgewichtiger Partner mitentscheiden zu können. Was heißt dies für die transatlantischen Beziehungen? Auch eine „hyperpower“ braucht Partner, die ihre Werte teilen. Den USA bietet sich da – dauerhaft und beständig – nur Europa an. Aber die schwerfällige Entscheidungsfindung und der große Unterschied in der militärischen Leistungsfähigkeit der Europäer wird zu ad hoc Koalitionen mit NATO- und EU-Partnern führen, abhängig vom Potential, das sie

zu bieten haben, zusammengestellt nach den Bedürfnissen Washingtons: „The mission defines the coalition“.

Wir, die Europäer, die Deutschen brauchen die Amerikaner ebenfalls noch - aus unserer Position der Schwäche heraus. Wir werden uns auf eine Arbeitsteilung einlassen, die zu ständigen Divergenzen führen muss: Wie immer die USA handeln – die Europäer werden lamentieren. Die Vereinigten Staaten werden in der Rolle des Weltpolizisten „peace enforcement“ betreiben, die Europäer werden – ihren Möglichkeiten entsprechend, ihre Instrumente als Zivilmacht einsetzen und den erzwungenen Frieden wirtschaftlich absichern. Zufrieden mit der Arbeitsteilung wird keine der Seiten sein – viel Raum für anti-amerikanische Ressentiments!

Wir wünschen uns einen multilateralen orientierten Partner, eine Rückkehr der USA zur Rolle des „wohlwollenden“ Hegemons, der auch die Interessen anderer stärker berücksichtigt und in seine Politik aufnimmt. Auch könnte den Vereinigten Staaten ein europäisches Gegengewicht nutzen, denn es ist richtig, was Timothy Garton Ash in der New York Times konstatierte: „America has too much power for anyone’s good, including its own“ (NYT, 9 April, 2002) Die Schaffung einer Gegenmacht setzt allerdings den gemeinsamen Willen der Europäer voraus, mit **einer** Stimme zu sprechen und ein gemeinsames Einfluss- und Machtpotential zu erlangen. Da dies ein frommer Wunsch bleiben wird, haben wir uns auf ein zunehmend gereiztes Verhältnis einzustellen – zum Schaden beider Seiten.